



Widerstand ist unsere Pflicht !



Der Elektrotechnik-Konzern ALSTOM will in seinem Werk Mannheim-Käfertal erneut 900 Arbeitsplätze abbauen. Im Bereich Kraftwerke soll jeder zweite Arbeitsplatz vernichtet werden.

Die Pariser Konzernleitung begründet ihre Planungen mit der Verlagerung der Wertschöpfung aus Europa nach China, Indien und Mexiko.

Von diesen Maßnahmen sind alle ALSTOM-Betriebe in Deutschland bzw. Europa betroffen.

Für den Standort in Mannheim-Käfertal würde der geplante Stellenabbau das Ende dieses Traditionsbetriebes der Kraftwerkstechnik bedeuten.

**Wir haben gute Argumente
für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze.**

Stärken des Standortes Mannheim-Käfertal:

- Die ALSTOM-Power-Gesellschaften in Mannheim haben in den vergangenen Jahren beste Geschäftsergebnisse erarbeitet und tragen erheblich zur finanziellen Stützung des gesamten Konzerns bei.
- Ob als BBC, ABB oder ALSTOM - das Werk gilt als Komplettlieferant für Kraftwerksanlagen und -Komponenten. Wir sind bei unseren Kunden als „Kraftwerksbauer“ mit hoher Qualifikation anerkannt.
- Die Finanzierungsmöglichkeiten aus deutschen Staatsmitteln über KfW und HERMES sind hervorragende Voraussetzungen im Exportgeschäft.
- Der deutsche Inlandsmarkt für Kraftwerkstechnik steht unmittelbar vor einem riesigen Auftragsvolumen für neue Kraftwerksanlagen. Bis zum Jahre 2020 müssen ältere Anlagen im Umfang von ca. 40.000 MW durch neue, nicht-atomare Kraftwerke ersetzt werden (dies entspricht ca. 60 großen Kraftwerksanlagen).



Unsere Betriebsvereinbarung zur Standortsicherung:

Im Nov. 2003 haben wir mit der Unternehmensleitung eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen mit den Inhalten:

- Sichern aller Fähigkeiten, Funktionen und Einrichtungen eines Kraftwerksanlagen-Lieferanten am Standort Mannheim.
- Erhalt des notwendigen Personals und damit des Know-hows, um beim erwarteten Anstieg der Nachfrage noch als Gesamtanlagen-Lieferant teilhaben zu können.
- „Überwintern“ für die begrenzte Zeit der Nachfrage-Schwäche mittels Kurzarbeit und Arbeitszeitreduzierung.
- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum 30.06.2007.

Die neue Restrukturierungsplanung ist ein Bruch dieser Vereinbarung.

Pläne der Konzernleitung:

Im Gegensatz zu den Zielen unserer Betriebsvereinbarung will ALSTOM folgende Maßnahmen durchsetzen:

- Schließen der Abteilung für Generatorkonstruktion und -Abwicklung.
- Schließen der Generatorfabrik.
- Schließen des kompletten High-Tech-Bereiches für keramische Hochtemperatur-Beschichtungen von Gasturbinenkomponenten.
- Schließen des kompletten Bereiches für Wasserkraftwerke.
- Massive Personalreduzierungen in allen übrigen Bereichen der Kraftwerkstechnik und der allgemeinen Dienstleistungen.

Durch die Verwirklichung dieser Planungen würde der Mannheimer Traditionsbetrieb für Kraftwerksbau endgültig alle Fähigkeiten verlieren, um am Markt noch als Komplettanbieter für Kraftwerksanlagen auftreten zu können.



Umso unverständlicher ist, dass solche negativen Planungen zu einem Zeitpunkt bekanntgegeben werden, wo alle großen Energieversorger direkt vor der Umsetzung großer Investitionsvorhaben in neue Kraftwerke stehen.

Die Abbaupläne der Pariser Konzernleitung sind in
höchstem Maße schädlich -
sowohl für den Mannheimer Betrieb
und den gesamten ALSTOM-Konzern,
als auch für die Stadt und den Rhein-Neckar-Raum.

Unsere Forderungen an die ALSTOM-Konzernleitung:

- Dauerhafter Erhalt aller Arbeitsplätze.
- Erhalt der Kompetenzen des Mannheimer Betriebes und Ausbau der Fähigkeiten zu einem Kompetenzzentrum für Schlüsseltechnologien.
- Stärkung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Mannheimer ALSTOM-Betrieb.
- Qualifizierte Personal- und Personal-Nachfolgeplanung.
- Erhöhung der Auslastung des Mannheimer Werkes zur Deckung der Fixkosten.
- Abwicklung der Aufträge von deutschen Kunden oder mit deutscher Finanzierungshilfe am Standort Mannheim.
- Einführen alternativer Beschäftigungsfelder im Bereich der Energieerzeugung.



Unsere Forderungen an die Politik:

- Unterstützung der dringend erforderlichen Investitionen in die Energieerzeugung der BRD.
- Kein Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg, keine Verlängerung der Laufzeiten für AKWs.
- Auflagen für höhere Wertschöpfungsanteile im eigenen Land bei staatlichen Finanzierungshilfen.
- Keine Verlagerung von Arbeitsplätzen, finanziert über Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen.

